



Pressemitteilung

Baden-Württemberger geben Bildungssystem schlechte Noten – Befragte wollen Strukturwandel im Bildungssystem und monieren mangelnden Reformwillen

15.400 baden-württembergische Teilnehmer bei der bislang größten Bildungsumfrage – Starke Kritik am Bildungsföderalismus – Mehrheit für Ganztagschulen, längeres gemeinsames Lernen, Ausbildungsgarantie und höhere Steuern für die Bildung

Gütersloh/ München, Juli 2011 – Die baden-württembergischen Teilnehmer der bislang größten Bildungsumfrage in der Bundesrepublik sind unzufrieden mit dem deutschen Bildungswesen und wünschen sich tiefgreifende Veränderungen. Fast drei Viertel von ihnen sind bereit, für ein besseres Bildungssystem höhere Steuern zu zahlen. Das geht aus der regionalen Auswertung der Bürgerbefragung „Zukunft durch Bildung – Deutschland will's wissen“ hervor, die jetzt vorliegt. Fast eine halbe Million Menschen hatte im März bei der deutschlandweiten Online-Umfrage mitgemacht, die von der Strategieberatung Roland Berger Strategy Consultants, der Bertelsmann Stiftung sowie den Tageszeitungen BILD und Hürriyet initiiert worden war. 130.000 von ihnen füllten den umfangreichen Fragebogen komplett aus, rund 15.400 davon allein in Baden-Württemberg.

Kritik entzündet sich in Baden-Württemberg ähnlich wie in den deutschlandweiten Umfrageergebnissen vor allem am Bildungsföderalismus. Zugleich ist eine überwältigende Mehrheit der Ansicht, der Politik fehle es beim Thema Bildung an Mut zur Veränderung. Die Teilnehmer aus dem Südwesten sprechen sich mehrheitlich für die spätere Aufteilung der Schüler auf unterschiedliche Schulformen und für eine Garantie auf einen Ausbildungsplatz aus. Das bevorzugte Schulmodell ist die Ganztagschule. Ihrer Ansicht nach sollten Kita- und Schulbesuch kostenfrei sein, eine knappe Mehrheit ist für Studiengebühren.

Die baden-württembergischen Umfrage-Ergebnisse im Überblick:

Wie bei den Befragten insgesamt ist auch in Baden-Württemberg die Unzufriedenheit mit dem Bildungssystem sehr groß. In der regionalen Auswertung der großen Online-Umfrage „Zukunft durch Bildung“, an der sich vor allem Menschen mit hohem Bildungsabschluss und ausgeprägtem Interesse an Bildungsthemen beteiligt haben, vergeben die baden-württembergischen Befragungsteilnehmer die Durchschnittsnote 3,6 – das ist nur geringfügig besser als das bundesweite Ergebnis von 3,7.

Mehr Einheitlichkeit im deutschen Bildungswesen

Den Föderalismus im Bildungswesen sehen die meisten Teilnehmer aus Baden-Württemberg kritisch: Nur knapp 22 Prozent von ihnen glauben, dass die Konkurrenz zwischen den Bundesländern für eine höhere Qualität im Bildungswesen sorgt – im bundesweiten Durchschnitt sind es sogar nur 17 Prozent. 93 Prozent der Befragten im Südwesten fordern, dass die Abschlussprüfungen in allen Bundesländern einheitlich sein sollen.

Strukturwandel nötig: Längeres gemeinsames Lernen, mehr Ganztagschulen, Ausbildungsplatzgarantie

Die Befragten aus Baden-Württemberg sind mehrheitlich für längeres gemeinsames Lernen: nur rund ein Drittel würde die bisherige Aufteilung der Schüler nach der vierten Klasse beibehalten, fast 46 Prozent wünschen sich eine Aufteilung der Schüler nach der sechsten Klasse, knapp 21 Prozent nach der neunten Klasse. Wie in Deutschland insgesamt ist auch unter den Befragten in Baden-Württemberg die Ganztagschule das bevorzugte Schulmodell: Gut ein Drittel wünscht sich die freiwillige Ganztagschule, 45 Prozent die verbindliche Ganztagschule. Für die Beibehaltung der Halbtagschule votieren von den Befragten in Baden-Württemberg gut 21 Prozent. Nur gut ein Viertel der baden-württembergischen Teilnehmer ist davon überzeugt, dass ein Hauptschulabschluss ausreicht, um in der Gesellschaft zurechtzukommen. Mehr als zwei Drittel fordern eine Ausbildungsplatzgarantie.

Skepsis gegenüber umfassender Inklusion

Große Zustimmung findet unter den Befragten in Baden-Württemberg das gemeinsame Lernen von körperlich behinderten und nichtbehinderten Kindern. Neun von zehn Befragten sprachen sich dafür aus. Bei der Inklusion geistig behinderter und verhaltensauffälliger Kinder ist die Zurückhaltung bei den Befragten in Baden-Württemberg allerdings ähnlich hoch wie in ganz Deutschland: Nur rund 27 Prozent sind für das gemeinsame Lernen mit geistig behinderten Kinder und nur rund 46 Prozent sprechen sich für das gemeinsame Lernen mit verhaltensauffälligen Kindern aus.

Mehr Geld für gute Bildung

73 Prozent der Teilnehmer im Südwesten sind bereit, höhere Steuern für die Bildung zu zahlen – das entspricht dem bundesweiten Umfrageergebnis. Die Mehrheit fordert kostenfreie Plätze in Krippen und Kindertagesstätten (knapp zwei Drittel) sowie weiterhin eine kostenfreie Schulbildung (rund 87 Prozent). Studiengebühren werden hingegen von einer knappen Mehrheit (gut 53 Prozent) akzeptiert, wobei sich der weitaus größte Teil davon für einkommensabhängige Gebühren ausspricht.

Knappe Mehrheit für bessere Ausstattung von Schulen in Problemvierteln

Mehr als die Hälfte der Befragten in Baden-Württemberg wünscht sich mehr Fairness im Schulsystem durch eine bedarfsgerechte Verteilung der Mittel: Fast 54 Prozent sprachen sich dafür aus, Schulen in Problemvierteln besser auszustatten als andere.

Mangelnde Reformbereitschaft der Politik

Der Politik trauen die baden-württembergischen Befragten nur wenig Reformbereitschaft zu. Nur etwa jeder Fünfte bescheinigt den Politikern einen großen oder sehr großen Veränderungswillen im Bildungswesen. Dagegen schneiden Lehrer deutlich besser ab: Ihnen billigt eine Mehrheit der Befragten in Baden Württemberg (gut 53 Prozent) den Mut zur Veränderung zu.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an das:

Projektbüro bildung2011.de
Mies-van-der Rohe-Straße 6
80807 München
Tel. +49 89 9230-9111
info@bildung2011.de
www.bildung2011.de

Informationen zur Umfrage:

Die große Bürgerbefragung "Zukunft durch Bildung – Deutschland will's wissen" basiert auf dem Prinzip des Volksentscheides: Jeder konnte mitmachen. Die Umfrage ist nicht repräsentativ. Um möglichst alle Teile der Bevölkerung zu erreichen, gab es den Fragebogen in den Sprachen Deutsch, Türkisch und Russisch. Im Befragungszeitraum vom 14. Februar bis zum 9. März haben sich 480.000 Menschen beteiligt, von denen rund 130.000 den kompletten Fragebogen beantwortet haben. Rund 15.400 dieser Befragten kamen aus Baden-Württemberg. "Zukunft durch Bildung – Deutschland will's wissen" ist somit nach der Teilnehmerzahl die größte Umfrage zum Thema Bildung, die es je in Deutschland gab. Die Teilnahme im Internet unter www.bildung2011.de war freiwillig und anonym. Die rund 30 Fragen befassten sich mit allen Facetten des Bildungssystems vom Kindergarten bis zur beruflichen Weiterbildung.

Das renommierte Meinungsforschungsinstitut TNS Infratest war für die Durchführung der Bürgerbefragung verantwortlich. Der Fragebogen wurde von der Bertelsmann Stiftung in Zusammenarbeit mit anerkannten Bildungsexperten erstellt. Anschließend wurde er von TNS Infratest in einem Vortest auf Aussagekraft, Verständlichkeit und Funktionsfähigkeit überprüft.

Initiiert und umgesetzt wurde die Umfrage "Zukunft durch Bildung – Deutschland will's wissen" von der Strategieberatung Roland Berger Strategy Consultants, der gemeinnützigen Bertelsmann Stiftung, der BILD als Deutschlands größter Tageszeitung sowie der türkischsprachigen Zeitung Hürriyet. Als Partner im Onlinebereich unterstützten die Agentur Revolvermänner GmbH, die Portale WEB.DE und GMX sowie die VZ-Netzwerke die Initiatoren.

Informationen zu den Initiatoren:

Roland Berger Strategy Consultants ist die einzige der globalen Strategieberatungen mit europäischen Wurzeln und Werten. Sie engagiert sich deshalb in Pro-bono-Projekten für Unternehmen und den Staat und hat darüber hinaus die Bildungsumfrage initiiert. Dass Bildung die Basis einer funktionierenden Wirtschaft ist, hat der Gründer Roland Berger schon früh erkannt und die Roland Berger Stiftung ins Leben gerufen, die unter anderem ein Stipendienprogramm zur Förderung chancengerechter Bildung aufgelegt hat. Die Strategieberater sind verantwortlich für das Projekt- und Eventmanagement sowie die Prozesssteuerung der Initiative.

Die Bertelsmann Stiftung setzt sich für das Gemeinwohl ein. Sie engagiert sich in den Bereichen Bildung, Wirtschaft und Soziales, Gesundheit sowie internationale Verständigung und fördert das friedliche Miteinander der Kulturen. Durch ihr gesellschaftliches Engagement will sie alle Bürger ermutigen, sich ebenfalls für das Gemeinwohl zu engagieren. Die 1977 von Reinhard Mohn gegründete gemeinnützige Einrichtung hält die Mehrheit der Kapitalanteile der Bertelsmann AG. Die Bertelsmann Stiftung arbeitet operativ und ist unabhängig vom Unternehmen sowie parteipolitisch neutral. Die Stiftung war federführend bei der Entwicklung des Fragebogens.

BILD ist mit täglich rund drei Millionen verkauften Exemplaren (IVW) Europas größte Tageszeitung. Tag für Tag erreicht BILD Millionen Leser aus allen Bildungsschichten, vom Hauptschüler bis zum Akademiker. Mit täglich mehr als 12 Millionen Lesern der Printausgabe (Media-Analyse) und weiteren fast 12 Millionen Online-Nutzern von BILD.de pro Monat (AGOF) ist BILD das einzige Medium in Deutschland, das derart hohe Reichweiten über alle Zielgruppen liefert. BILD berichtet in mehr als 30 Regional- und Lokalausgaben.

Hürriyet ist die größte türkischsprachige Tageszeitung in Europa. Ein bedeutender Teil der im Ausland lebenden Türken erhält durch diese Zeitung aktuelle Nachrichten und Informationen. Mit Berichten aus Wirtschaft, Politik, Sport und Kultur in der Muttersprache deckt Hürriyet sowohl den Informationsbedarf der ersten und der zweiten türkischen Generation in Deutschland als auch die Bedürfnisse der jungen Generation ab. Hürriyet vermittelt nicht nur Nachrichten aus der Heimat, sondern trägt erheblich zur Integration, zur Problemlösung und zur Wissensvermittlung an die Türken in den jeweiligen europäischen Ländern bei. Die Zeitung erscheint sieben Tage die Woche und hat auch eine Online-Ausgabe für die Leser in Europa: www.hurriyet.de.